

# Staat und Regulierung

Der Diskurs über die wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates dreht sich seit Jahren um zwei zentrale Fragen: Wann soll der Staat in den Markt eingreifen und wie gross soll der Staat sein? Die Antworten darauf sind Ausdruck des sich ändernden Zeitgeists und der vorherrschenden Verwaltungstradition.

*Text: Tobias Schlegel*

Vor der Gründung der modernen Schweiz lag die Wirtschaftspolitik im Ermessen der Kantone. Nebst der Erhebung von Zöllen an den kantonalen Aussengrenzen besaßen diese auch das Postregal und das Konzessionsrecht für Eisenbahnen, die in ihren Anfängen von Privaten betrieben wurden. Der Bundesstaat erhielt bei seiner Gründung 1848 Kompetenzen im Geld-, Zoll und später im Postwesen. Der Binnenmarkt wurde eingerichtet, 1850 der Schweizerfranken als Währung eingeführt<sup>1</sup> und 1905 die Schweizer Nationalbank gegründet (Baltensperger 2012). Eine weitere Etappe in der Aufgabe-

entwicklung des Bundes war die Gründung der SBB (1902) und die damit verbundene Verstaatlichung der überwiegenden Mehrheit der bis dato existierenden Privatbahnen. Dahingegen dehnte sich der Sozialstaat im Vergleich mit anderen europäischen Ländern sehr viel langsamer aus (Meissen 2010). Die Sozialversicherungen nahmen mit Einführung der AHV (1948), der Invalidenversicherung (1960) der beruflichen Vorsorge (1972) und der obligatorischen Arbeitslosenversicherung (1976) langsam ihre heutige Gestalt an. Seit der Gründung des Bundesstaates bis heute waren all diese Ausweitungen staatlichen Handelns von harten politischen Diskussionen begleitet. Parallel dazu hat sich auch die ökonomische Theorie permanent mit der Frage beschäftigt, wann ein Staat in den Markt eingreifen soll. Daher: Zeit für eine kleine Theoriestunde.

## Von Markt- und Staatsversagen

In der Ökonomie gibt es das Konzept des «Marktversagens». Dieses liegt vor, wenn es die Marktmechanismen alleine nicht vermögen, die wirtschaftliche Tätigkeit zu koordinieren und daraus gesamtwirtschaftlich unerwünschte Nebeneffekte erwachsen. Dies ist nicht zu verwechseln mit staatlichen Interventionen wie den Sozialversicherungen, die durch gesellschaftlich unerwünschte Marktergebnisse legitimiert werden. Marktversagen kann aus unterschiedlichen Gründen eintreten, beispielsweise bei asymmetrischen Informationen<sup>2</sup>, externen Effekten<sup>3</sup>, natürlichen Monopolen<sup>4</sup> oder öffentlichen Gü-

tern<sup>5</sup>. Doch ein Marktversagen alleine gibt noch keinen Aufschluss darüber ob der Staat eingreifen soll. Denn ebenso wie der Markt, kann auch der Staat in seinem Handeln aus vielerlei Gründen scheitern. Falsche Anreize durch staatliches Handeln können beispielsweise zu Marktverzerrungen und damit zur Fehlallokation von Ressourcen führen. Eine Folge davon können Überkapazitäten sein, wie sie aufgrund des subventionierten Angebots von erneuerbaren Energien auf dem europäischen Strommarkt bereitgestellt werden. Die Antwort auf die Verteilung der Aufgaben zwischen Markt und Staat hängt somit immer von den Kosten des Markt- bzw. des drohenden Staatsversagens ab und muss im Einzelfall geklärt werden.

## Andere Länder, andere Staaten

Bleibt der Versuch zur Beantwortung der zweiten Frage: Wieviel Staat soll es sein? Ein internationaler Vergleich weckt die Befürchtung, dass auch hier keine eindeutige Antwort möglich ist. Betrachtet man die Staatsquote – also die Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) – so weisen die nordischen Länder und Frankreich Werte von zwischen 50% und 60% auf, während die Quoten bei den USA und der Schweiz mit 36% respektive 33% wesentlich tiefer sind. Die Fiskalquote, die die Einnahmen des Staates aus Steuern und Sozialabgaben dem BIP gegenüberstellt, zeigt ein ähnliches Muster, auf etwas tieferem, dafür relativ konstantem Niveau. Dies weist darauf hin, dass länderspezifische Unterschiede in der Auffassung der

Rolle des Staates wichtiger sind als ökonomische Optimalitätsüberlegungen. Schätzungen zur optimalen Grösse der Staatsquote mit Blick auf das Wirtschaftswachstum reichen von 15% bis 30% des BIP (Kahn 2011). Da die Staatsausgaben fast aller Länder diese Werte überschreiten, wäre weniger Staat bei den heutigen Gegebenheiten wohl förderlich für das Wachstum. Allerdings hat nicht

nur die schiere Grösse einen Einfluss auf das Wachstum, wie dies die Grafik verdeutlicht. Sie zeigt nämlich den Zusammenhang zwischen Veränderungen in den ökonomischen Freiheiten – gemessen mittels der Variation des «Economic Freedom Index»<sup>6</sup> – und dem BIP-Wachstum. Dabei ist das Wirtschaftswachstum innerhalb einer Zehnjahresperiode tendenziell höher, wenn sich in der De-

kade davor der Indexwert verbessert hat. Der Staat sollte also ebenso mit guten Rahmenbedingungen, d.h. einer glaubhaften Geldpolitik, wenig Regulierungen, freiem Handel und klar definierten Eigentumsrechten positiv auf das Wirtschaftswachstum einwirken.

### Weniger staatliche Eingriffe sind mittelfristig wachstumsfördernd

